



EPP-ED

# EUROPA-AKTUELL

Reimer Böge, Mitglied des Europäischen Parlaments  
Europabüro, Sophienblatt 44-46, 24114 Kiel, ☎ 0431/6609925  
Internet: <http://www.reimerboege.de>  
Email: [info@reimerboege.de](mailto:info@reimerboege.de)

Kurzübersicht zu wichtigen Themen der  
Plenartagung des Europäischen Parlaments vom  
09.-13. Februar 2004

- HAUSHALT
- ◆ **Finanzdienstleistungen von allgemeinem Interesse**

Erklärung der Kommission - Politischer Rahmen für die nächste Finanzielle Vorausschau: Ein blühendes Europa - politischer Kalender und Haushaltsmittel für ein erweitertes Europa 2007-2013 mit Teilnahme des Rates  
Erklärung und Aussprache: 10.02.2004

## Erklärung der Kommission:

Laut Kommissionspräsident Romano **PRODI** stellt sich die Frage, ob die umwälzenden Veränderungen der Globalisierung noch von Europa zu steuern sind. "Die Bürger fragen sich, ob die kulturellen Referenzpunkte ausgelöscht werden." Ein Teil unserer Gesellschaft schließe sich in sich selbst ein. Aber die Mehrheit schaue auf Europa. Kein einzelnes Land könne allein den Herausforderungen begegnen. Der Prozess von Lissabon werde immer langsamer. Es fehle ein konkretes, überprüfbares Projekt. Wir bräuchten eine dynamische, auf das Wissen der Bürger gestützte Gesellschaft. Die Zukunft der Finanzen sei nicht allein durch Prozentsätze zu bestimmen. Nationale und EU-Ausgaben seien nicht vergleichbar. Im EU-Haushalt ausgegebene 25 € seien besser ausgegeben als 25 mal einen Euro. Die EU sei von der Solidarität der Mitgliedsstaaten getragen. Drei Ziele seien zu verfolgen:

- nachhaltige Entwicklung,
- europäische Bürgerschaft,

- Stärkung der Rolle der EU in der Welt.

Nach der fast vollständigen Schaffung des Binnenmarktes müssten weitergehende Aspekte angegangen werden, wie Bildung, Forschung, Innovation und Investition. Man müsse eine echte europäische Identität und eine gemeinsame Interessensvertretung entwickeln. Projekte seien mit den Nachbarländern zu teilen. Europa müsse seinen Beitrag zur Entwicklung leisten. Das Nord-Süd-Gefälle sei nicht nur aufgrund der Migration ungünstig.

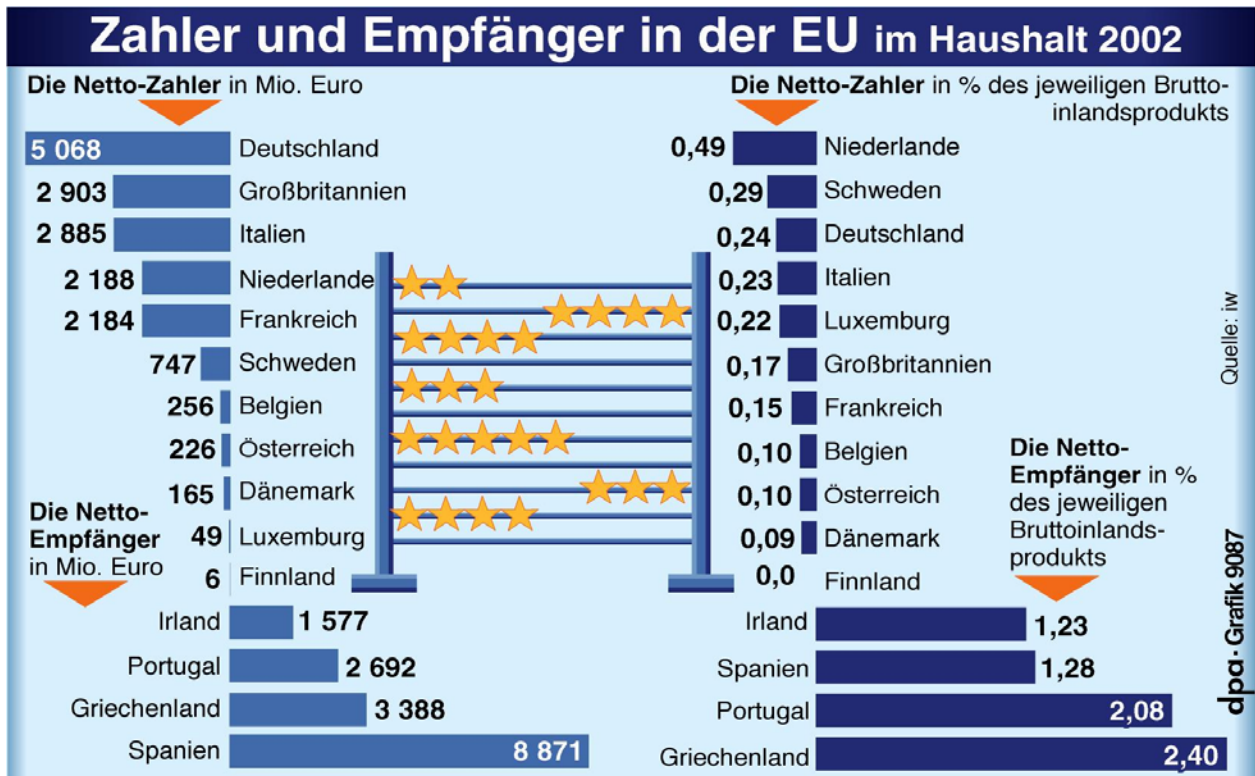
Trotz dieser Aufgabenstellung sei die Kommission ausgesprochen realistisch. Die Kommission wolle bei der Obergrenze von 1,24 % des BIP bleiben. Sie habe konkrete Maßnahmen vorgesehen, um 1,15 % des BIP nicht zu überschreiten. Die Kommission schlage eine neue Struktur und eine neue Verwaltungskultur vor. Mit weiteren Mitteln solle die Effizienz der Instrumente erhöht werden

## Hintergrund

Seit 1988 wird in der EU mit einem mehrjährigen Finanzrahmen gearbeitet. Darin sind die Obergrenzen für den jährlichen EU-Haushalt sowie eine Grobgliederung der Ausgaben enthalten. Die aktuelle Finanzplanung sieht für die Mitgliedstaaten eine Beitragsobergrenze von 1,24 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) vor. Der Haushalt 2004, der für eine EU mit 25 Mitgliedern aufgestellt wurde, beläuft sich auf etwa 100 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Prozent des BNE. Dennoch hält die Kommission an der Beitragsobergrenze von 1,24 des BNE für die Zeit 2007-2013 fest.

Dies hat die Regierungschefs der größten Nettozahler (Deutschland, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Niederland, Österreich und Schweden) veranlasst, in einem „Brief der Sechs“ vom 15. 12.2003 ein Einfrieren des EU-Haushalts auf dem derzeitigen Stand von 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Mitgliedstaaten zu fordern.

Andererseits löste insbesondere die grüne EU-Haushaltskommissarin Michaela Schreyer gerade kürzlich wieder eine breite Kontroverse über die Einführung einer möglichen EU-Steuer aus. Nach Auffassung der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament besteht in dieser Frage jedoch derzeit überhaupt kein Handlungsbedarf. Tatsache ist, dass das derzeitige Haushaltsvolumen in Höhe von 100 Milliarden € genügend Spielraum bis zur vertraglich vereinbarten Obergrenze in Höhe von 1,24 Prozent des BNE lässt. Es ist klar, dass die Europäische Union ihre finanziellen Verpflichtungen auch im Hinblick auf die Erweiterung erfüllen können muss. Es darf jedoch nicht um die Installierung einer neuen Steuer gehen, sondern vielmehr um die Fortsetzung der äußerst sparsamen und verantwortungsvollen Haushaltsführung auf europäischer Ebene, die allein dem größten Nettozahler Deutschland Rückzahlungen in Milliardenhöhe verschafft hat.



## CDU/CSU-Fazit

Nach den Bestimmungen der entsprechenden Interinstitutionellen Vereinbarung ist die Kommission aufgefordert, bis zum 1. Juli 2005 einen Vorschlag für einen neuen mehrjährigen Finanzrahmen vorzulegen. Es gibt also weder eine zeitliche, noch eine inhaltliche Begründung dafür, dass die Kommission jetzt Vorschläge für eine finanzielle Vorausschau für die Jahre 2007-2013 macht.

Nach dem Vorschlag der Kommission soll sich der neue Finanzrahmen durch eine größere Politikorientierung auszeichnen. Deshalb sollen die Ausgabenkategorien neu geschnitten und entlang der großen politischen Aufgaben der Gemeinschaft gestaltet werden. Diese Aufgabenkategorien der noch bis Oktober 2004 im Amt befindlichen Kommission für den Zeitraum 2007-2013 lehnt die CDU/CSU-Gruppe ab. Es ist die politische Aufgabe der neuen Kommission und eines neugewählten Parlaments, diese zu formulieren. Die von der Kommission vorgeschlagene Laufzeit von sieben Jahren ist ebenfalls abzulehnen, da sie nicht mit der Dauer des Mandats der Kommission und des Parlaments übereinstimmt. Die jetzige Kommission der EU 15 und das Parlament dürfen die künftige Kommission und das im Juni neugewählte Parlament nicht binden. Das wäre mit demokratischen Prinzipien nicht vereinbar. Die CDU/CSU-Gruppe fordert daher eine Laufzeit von fünf Jahren, die mit der Amtszeit der Kommission und der Wahlperiode des EP übereinstimmt.

## **PRESSE-INFORMATION**

### **Reimer Böge: Vorschläge zur Finanziellen Vorausschau ab 2007 kommen zu früh**

Als verfrüht hat der stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Europäischen Parlament Reimer Böge (EVP-ED) die Mitteilung der Kommission zur finanziellen Vorausschau ab 2007 bezeichnet. Sowohl der Brief der sogenannten sechs Nettozahlerländer unmittelbar nach dem Scheitern der Regierungskonferenz als auch das zeitliche Vorgehen der Kommission würden die Gefahr eines parallelen Verhandlungsprozesses zwischen Verfassungsvertrag und Finanzverhandlungen heraufbeschwören. Böge wies darauf hin, dass nach der geltenden Interinstitutionellen Vereinbarung die Kommission bis Mitte 2005 entsprechende Vorschläge vorlegen solle.

Zunächst sollte Klarheit über die künftige Verfasstheit der Union, die Ziele und geographischen Grenzen, die Kompetenzordnung sowohl unter konsequenter Beobachtung der Subsidiarität als auch neuer Aufgabenstellungen erfolgen. Im Gegensatz zu anderen politischen Ebenen sei es der EU richtigerweise untersagt, Schulden zu machen.

Die Einhaltung von Haushalts- und Stabilitätspolitik sei auch dann gewährleistet, wenn es zwischen Rat und Parlament keine Einigung über eine Finanzielle Vorausschau gebe. Dann gelte Artikel 242 des Vertrages, der die maximalen Ausgaben der nicht obligatorischen Ausgaben an das Höchstatzverfahren und damit an die nationalen Haushalte der Mitgliedstaaten binde.

- WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG
- ◆ Sollen Rating-Agenturen registriert werden?

Giorgos KATIFORIS (SPE, GR)  
Bericht über die Rolle und Methoden von Rating-Agenturen  
Dok.: A5-0040/2004  
Verfahren: Initiativbericht (Art. 163 GO)  
Aussprache: 09.02.2004  
Annahme: 10.02.2004 (mit 453:41:43 Stimmen)

### Erläuterungen zur Abstimmung

*Das Europäische Parlament erkennt an, dass die Bewertung der Kreditwürdigkeit von Schuldern durch Rating-Agenturen von Nutzen ist. Die Abgeordneten sehen jedoch auch Risiken in der Abhängigkeit von derartigen Bewertungen. Sie lehnen jeden Eingriff in die Bewertung der Agenturen ab: Die Agenturen sollen nicht von Politik und Wirtschaft beeinflusst werden. Der Ruf des Berichtstatters nach einer europäischen Registrierungsbehörde war schon vom Ausschuss mit 14 zu 19 Stimmen abgelehnt worden.*

*Ähnliche Änderungsanträge der GRÜNE/EFA- und der SPE-Fraktion wurden auch vom Plenum abgelehnt. Die Abgeordneten folgten der SPE-Fraktion in einem anderen Punkt: Die Kommission soll die Einrichtung eines europäischen Registrierungssystems zur Registrierung der Rating-Agenturen in Europa prüfen. Diese Prüfung soll eine Kosten-Nutzen-Analyse der Auswirkungen auf die europäischen Kapitalmärkte beinhalten..*

### CDU/CSU-Fazit

Angesichts der großen Macht und Einflussmöglichkeiten von Rating-Agenturen auf die Kreditwürdigkeit von Unternehmen sprach sich der Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments in einem Initiativbericht für mehr Transparenz auf diesem Gebiet aus. Allerdings lehnen die CDU/CSU-Abgeordneten die von den Sozialisten geforderte Einrichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde auf diesem Gebiet ab. Ihrer Auffassung nach sei die Kommission allerdings aufgefordert, Möglichkeiten für mehr Transparenz und die Schaffung objektiv nachvollziehbarer Kriterien bei der Tätigkeit von Rating-Agenturen zusammenzustellen. Dies könne beispielsweise auf Basis einer freiwilligen Selbstverpflichtung oder auch durch die Festlegung eines Ehrenkodexes geschehen, wobei eine aktive Einflussnahme der Politik auf die eigentliche Tätigkeit der Agenturen jedoch unter keinen Umständen erfolgen dürfe.

- ◆ Lehren aus der Parmalat-Affaire

Gemeinsamer Entschließungsantrag eingereicht von der EVP-ED-, SPE-, LIBE-GRÜNE/EFA-, KVEL/NGL- und UEN-Fraktion nach einer Erklärung der Kommission zu Unternehmensführung und Finanzkontrolle - Fall Parmalat  
Dok.: B5-0053, 0054, 0055, 0056, 0057 und 0077/2004  
Erklärung, Aussprache: 11.02.2004  
Annahme: 12.02.2004

## Erläuterungen zur Abstimmung

*Das Europäische Parlament bedauert die Vielzahl der betrügerischen Konkurse durch Großunternehmen mit staatlicher Beteiligung und die damit einhergehenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen.*

*Die Abgeordneten sind besorgt darüber, dass weder die für die Kontrollen zuständigen Akteure, die Aufsichtsbehörde oder die Rechnungsprüfer noch die Rating-Agenturen in der Parmalat-Affaire den geringsten Verdacht einer Unterschlagung hatten. Sie fordern die Finanzdienstleistungsbranche auf, ihre Geschäfte in Ordnung zu bringen und zu gewährleisten, dass die kleine Minderheit unehrlicher Marktteilnehmer vor Gericht gestellt wird. In der Parmalat-Affaire ist eine Lösung zu finden, um eine gravierende soziale Krise zu verhindern. Die Kommission soll darüber entscheiden, ob die Maßnahmen der italienischen Regierung zur Stützung des italienischen Milchsektors nach dem Skandal um Parmalat mit dem EG-Recht vereinbar sind. Es ist den Abgeordneten wichtig, die Lektionen aus dem Fall Parmalat zu lernen, damit sich ein solcher Skandal nicht wiederholt. Sie warnen*

*jedoch vor vorschnellen Reaktionen. Zwischen dem legitimen Informationsbedürfnis der einzelstaatlichen Behörden, der Aktionäre, der sonstigen Investoren und der Öffentlichkeit einerseits und den mit der Informationspflicht einhergehenden administrativen Belastungen für die europäischen Unternehmen andererseits ist ein Gleichgewicht zu schaffen.*

*Die Abgeordneten wollen die Unternehmensführung und die Finanzkontrolle in Europa verbessern. Teil einer langfristigen Lösung muss eine einzige Finanzaufsichtsbehörde in Europa sein. Die Kommission soll einen Aktionsplan zur Modernisierung des Gesellschaftsrechts vorlegen und Rechtsvorschriften vorbereiten, um die Unternehmen zu verpflichten, ihre Rechnungsprüfer regelmäßig zu wechseln. Sie soll weiterhin in Erwägung ziehen, zu verbieten, dass die Rechnungsprüfungsunternehmen auch Beratungsdienstleistungen erbringen. Auch die Präsenz unabhängiger Vorstandsmitglieder könnte ein Mittel sein, um die Rechnungsprüfung der Unternehmen zu verbessern.*

## ➤ VERKEHR

### ◆ Neues Mandat für die Europäische Agentur für die Sicherheit im Seeverkehr

**Emmanouil MASTORAKIS (SPE, GR)**

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1406/2002 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs

**Dok.: A5-0021/2004**

**Verfahren: Mitentscheidung (1. Lesung)**

**Aussprache: 11.02.2004**

**Annahme: 12.02.2004**

## Erläuterungen zur Abstimmung

*Das Europäische Parlament hat einige Änderungen am Vorschlag der Kommission vorgenommen, insbesondere um den Aufgabenbereich der Agentur zu klären.*

*Dieser soll laut Kommissionsvorschlag nun wegen der Havarie des Öltankers Prestige geändert werden. Die Agentur ist 2001 nach der Havarie des Öltankers Erika eingerichtet worden, um ein hohes, einheitliches und effektives Si-*

*cherheitsniveau im Seeverkehr und die Verhütung der Verschmutzung der Schiffe in der Gemeinschaft zu gewährleisten.*

*Die Abgeordneten unterstützen den Vorschlag, dass die Agentur über die erforderlichen Finanzmittel verfügen sollte, um auf Ersuchen eines Mitgliedstaates und unter dessen Zuständigkeit Spezialschiffe zur Verschmutzungsbekämpfung einzusetzen. Auch der Vorschlag, die*

*Agentur in die Verfahren zur Anerkennung von Befähigungsnachweise für Seeleute einzubinden, wird von den Abgeordneten unterstützt.*

*Kritisch sehen die Abgeordneten die Einbeziehung der Gefahrenabwehr in den Aufgabenbereich der Agentur. Dies war von der Kommission im Hinblick auf die Bedrohung von Schiffen und Häfen durch terroristische Anschläge oder sonstige Straftaten vorgeschlagen worden.*

*Die Agentur, eine Einrichtung der Gemeinschaft, sollte nach Ansicht der Abgeordneten keine Aufgaben übernehmen, die in den Dritten Pfeiler fallen. Aus diesem Grund haben sie einige Änderungsanträge angenommen, um den Aufgabenbereich in diesem Bereich klarer festzulegen. Auch die Aufgabenbeschreibung in Bezug auf die unfallbedingte oder vorsätzliche Verschmutzung der Schiffe muss nach Ansicht der Abgeordneten klarer gefasst werden.*

- **GESUNDHEIT UND VERBAUCHERSCHUTZ**
- **Agentur gegen Epidemien**

**John BOWIS (EVP-ED, UK)**

**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Prävention und die Bekämpfung von Seuchen**

**Dok.: A5-0038/2004**

**Verfahren: Mitentscheidung (1. Lesung)**

**Aussprache und Annahme: 10.02.2004**

#### Erläuterungen zur Abstimmung

*Aids, SARS, Vogelgrippe, Malaria und Meningitis kennen keine Grenzen. Wachsender Reiseverkehr und Handel erleichtern ihre Verbreitung quer durch die Welt. Auch die Gefahr des Bio-Terrorismus trug dazu bei, dass die Kommission bis 2005 diese neue Organisation einrichten will. Dies findet die Unterstützung des EP. Auf Grundlage des seit 1999 existierenden gemeinschaftlichen Netzes, einer Kooperationsplattform, soll die Zusammenarbeit intensiviert werden.*

*Die zukünftige Agentur soll die Epidemie-Eindämmungsversuche sowie die Forschung bündeln und für Kohärenz sorgen. Die organisatorische Fortentwicklung ist notwendig, um gegenwärtige und zukünftige Risiken zu evaluieren und bekannt zu machen. Die Organisation soll nationale Behörden nicht ersetzen, sondern sie unterstützen. Die Organisation soll für die ersten drei Jahre 48 Mio. € erhalten, mit 35 Mit-*

*arbeitern starten und zwei Jahre später 70 Mitarbeiter haben.*

*Die Fraktionen der EVP-ED, der SPE, der LIBE, der GRÜNE/EFA sowie der UEN haben zwischen den Abstimmungen im Ausschuss und im Plenum ein Paket mit Kompromissänderungsanträgen erarbeitet. Diese beinhalten im Wesentlichen Retuschen an der Aufgabenstellung und den internen Abläufen. Beibehalten wurde Änderungsantrag 14, demzufolge die Agentur auch die Aufgabe erhalten soll, die Arbeitsmethoden zu harmonisieren und zu rationalisieren. Die Abgeordneten des Ausschusses wünschten, dass der Verwaltungsrat der Organisation aus einem Vertreter pro Mitgliedstaat sowie zwei Vertretern des Europäischen Parlaments besteht (alter Änderungsantrag 22, nicht angenommen). Laut Änderungsantrag 76 sollen hingegen noch drei von der Kommission ernannte Vertreter hinzukommen.*